

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Bezugspreis der „Ameise“ beträgt für In- u. Auslandsbezieher 1 Goldmark monatlich
Redakt., Exped. u. Verl.: Charlottenburg, Strabe 2-5.
Fernrufnummern: Berlin Amt Wilhelm 4952 und 6849.

Immer trebe zum Ganzen und tannt Du selber kein Ganzes werden
Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an

Inserate: Zellenpreis 1 mm hoch, 45 mm breit 10 Pf. Bei Arbeitsmarktanzeigen 30% Rabatt. Inseratengröße angeben, Betrag vorher einsehen. Für Mitglieder Arbeitsmarkt frei. Postcheckkonto: 9308 Berlin, W. Herden, Charlottenburg.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Die Mitgliederabstimmung in unserem Verbandsorgan über die Frage der Verschmelzung mit dem Verband der Fabrikarbeiter ergab folgendes Resultat:

In 133 Zahlstellen mit zusammen 44945 Mitgliedern wurden 21 570 Stimmzettel abgegeben, von 18 Zahlstellen mit zusammen 925 Mitgliedern wurden keine Abstimmungsergebnisse gemeldet. Von den abgegebenen Stimmzetteln waren 96 ungültig und 164 weiß, sodas nach deren Abzug 21 310 gültige Stimmen abgegeben waren. Von letzteren lauteten 19 222 gleich 90,53 Proz. der gültigen Stimmen auf „Ja“ und 2018 gleich 9,47 Proz. auf „Nein“. Die Verbandsrevisoren haben das vorstehende Abstimmungsergebnis an Hand der Zahlstellenberichte geprüft und für richtig befunden.

Die Verschmelzung mit dem Fabrikarbeiterverband unter Bildung des Peramischen Bundes ist somit mit überwältigender Mehrheit der Abstimmenden in unserm Verbande beschloffen und der Beschluß für alle Zahlstellen und Mitglieder verbindlich und rechtswirksam. Da der Verband der Glasarbeiter auf seiner Generalversammlung im Juni in Görtzig den gleichen Beschluß fasste und vom Vorstand und Beirat des Fabrikarbeiterverbandes die Zustimmung zur Bildung des Peramischen Bundes längst vorliegt, wird die Verschmelzung nunmehr Tatsache und die drei Verbandsleitungen haben gemeinsam beschloffen, sie am 1. August d. Js. zu vollziehen. Eine von den drei Verbandsleitungen gemeinsam gezeichnete Information an die Mitglieder der Verbände, die den Zweck hat, die Ueberleitung der Mitglieder und Geschäfte aus der alten in die neue Organisationsform klarzulegen und vorzubereiten, wird in nächster Nummer der „Ameise“ veröffentlicht werden.

Der Verbandsvorstand.

Georg Wollmann Vizepräsident
Ulbin Karl Wilhelm Herden Schriftführer
Kassierer.

14 1/2 Millionen Ja beim Volksentscheid.

Am 20. Juni erklärten sich 14 1/2 Millionen deutsche Stimmberechtigte für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten. Bei rund 39 Millionen Wahlberechtigten reichen die 14 1/2 Millionen nicht aus, die Annahme des Gesetzes zu sichern, das zur Abstimmung stand. Aber immerhin ist das Ergebnis gut zu nennen; denn bei den 39 Millionen Stimmberechtigten übten bei den seitherigen Wahlen im Höchstfalle nur 30 Millionen ihr Wahlrecht aus. Neun Millionen blieben untätig. Im Vergleich zur Spindenburgwahl waren die 14 1/2 Millionen abgegebener Stimmen ein glänzender republikanischer Sieg gewesen. Beim Volksentscheid konnte sich das Stimmenverhältnis deshalb nicht so auswirken, weil die stets bei Wahlen vorhandenen 9 bis 10 Millionen Nichtwähler zugunsten der Fürstenrechte den Ausschlag gaben.

Wenn es überall so gewesen wäre wie in der Reichshauptstadt Berlin, hätte die große Zahl Nichtwähler keinen Einfluß auf die Entscheidung ausüben können, wäre das Gesetz auf entschädigungslose Enteignung der Fürsten durch das Volk angenommen worden. In Berlin haben nämlich von 3029 851 Stimmberechtigten 1760 510 mit Ja gestimmt, also 58 Prozent. Auch andere Großstädte sowie viele Kleinstädte und Dörfer erzielten gleichfalls so günstige Erfolge; sie reichen jedoch nicht aus, den Sieg an die Fahne des Volkes zu heften. In sehr vielen ländlichen Gebieten übten die Rechtsparteien einen so starken Terror aus, daß viele Stimmberechtigte sich nicht einmal getrauten, zur Abstimmung zu gehen. Diese unter der Herrschaft der Reaktionäre stehenden Landwinkel haben den Ausschlag gegeben, weil zu den 14 1/2 Millionen die noch vorhandenen Sympathisierenden nicht stoßen konnten. Ob selbst dann die 20 Millionen erreicht worden wären, ist eine Frage, die wohl schwerlich mit Bestimmtheit beantwortet werden kann.

Wie steht es nun nach Ablehnung des Gesetzes über die entschädigungslose Enteignung der Fürsten mit deren Abfindung? Dazu hat der Reichstag wieder das Wort. Bei seiner Zusammenkunft ist kaum anzunehmen, daß die bürgerliche Mehrheit einen das Volk befriedigenden Weg in der Fürstenabfindung finden wird.

Wenn die bürgerlichen Parteien ihre Versprechen halten würden, den Fürsten nur ihr unzweifelhaftes Privatvermögen zu belassen, könnten sie schließlich gegen die beiden proletarischen Parteien zu einem Mehrheitsbeschluß kommen. Ist das nicht möglich, wird die Auflösung des Reichstages kaum zu vermeiden sein. Das wäre eigentlich der für die Arbeitererschaft erfreulichste Gang der Dinge; denn unter der Parole Fürstenabfindung könnten schließlich die 14 1/2 Millionen Zustimmung zur Stärkung der parlamentarischen Interessenvertretung der Arbeiterschaft wesentl. beitragen und die Stimmung nach links fördern.

Kommt die Auflösung nicht und die bürgerlichen Parteien sind in der Lage, mit Mehrheit die Fürstenabfindung zu regeln, so ist damit eine weitere Steuerbelastung verbunden, weil dann die Mittel für die Fürstenabfindung in die Staatskasse eingestellt und vom Volk getragen werden müssen. Es ist kaum anzunehmen, daß die Fürstentrabanten dann auch beabsichtigen werden, daß sie und ihre Anhänger allein die neuerstandenen Lasten aus ihrer eigenen Tasche bezahlen werden. Soweit ist der Patriotismus in Deutschland noch nie gegangen, und soweit wird er auch kaum gehen. Die so sich selbst mit neuen Steuern belastenden Volkskreise werden wohl kaum dann darüber rätsonieren. Sie haben es ja so gewollt.

Der erste Volksentscheid im Reich, das bedeutsamste demokratische Mittel zur Selbstbestimmung, ist beendet. Er hat formal nicht den Sieg seiner Beauftragten gebracht, aber er war trotzdem ein Erfolg des politisch tätigen Volkes.

Die Arbeitererschaft hat keine Ursache, wegen dem Ausfall beim Volksentscheid zu verzagen. Sie kann zufrieden sein; denn die neue Waffe des politischen Kampfes brachte einen moralischen Erfolg, der sich sehr günstig für sie auswirken wird.

Die demokratische Schlacht hat sich gelohnt, das arbeitende Volk kann mit dem Ergebnis zufrieden sein.

An politischer Aufklärungsarbeit fehlt der werktätigen Bevölkerung Deutschlands noch viel mehr. Was sie aus dem Ausgang der Abstimmung zum Volksentscheid lernen, daß noch sehr viele arbeitende Anhänger gewonnen werden müssen.

Weiter an's Werk!
Im Zusammenhange aller Hand- und Kopfarbeiter liegt das Geheimnis unseres Sieges.
Wollen wir unablässig dafür kämpfen.

Der Enqueteausschuß begann seine Arbeit.

Der von der Reichsregierung ernannte und gemeinsam mit dem Reichstag und Reichswirtschaftsrat besetzte Enqueteausschuß, der eine Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft vorzunehmen bernien ist, trat am 7. und 8. Juni zusammen. Es galt, die Konstituierung vorzunehmen und einen vorläufigen Arbeitsplan aufzustellen. Die erste Sitzung wurde vom Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius im Namen der Reichsregierung eröffnet und von ihm mit einer programmatischen Rede eingeleitet.

Herr Dr. Curtius hob die Aufgabe hervor, die dem Enqueteausschuß gestellt sei. Das Arbeitsgebiet derselben sei umfassender als alles, was gleichen oder ähnlichen Kommissionen in der ganzen Welt jemals übertragen sei. Es gelte, eine Analyse der gesamten deutschen Volkswirtschaft in Angriff zu nehmen, wozu die Arbeit aller in Frage kommenden Personen und Körperlichkeiten notwendig sei. Besonders gelte es, das Problem von Arbeitszeit und Arbeitsleistung einer genauen Betrachtung zu unterziehen. Ursprünglich sei beabsichtigt gewesen, hierfür eine besondere Untersuchung anzustellen. Es habe sich aber herausgestellt, daß das Arbeitsproblem mit dem gesamten Komplex der Wirtschaft in einem innigen Zusammenhang steht. Deshalb müßten die Beziehungen zwischen Arbeitszeit, Arbeitslohn und Arbeitsleistung einbezogen werden. Der Enqueteausschuß, so führte der Reichswirtschaftsminister ferner aus, muß sich auch mit den Gründen und Auswirkungen der gegenwärtigen Krise beschäftigen. Die Bedeutung der Enquete liegt auch darin, daß sie das Schlüsselwort (?) sprechen wird in den vielfachen Denkströmen und im Tagesstreit wirtschaftlicher Verbände. Die internationale Weltwirtschaftskonferenz hat dem Ausschuß die Aufgabe gestellt, das Material zusammenzutragen, das den ferneren Verhandlungen der Weltwirtschaftskonferenz als Unterlage dienen könne. Ferner muß untersucht werden, ob die Voraussetzungen heute noch zutreffen, die das Dawes-Komitee vor einigen Jahren festgelegt hat. Der Reichsernährungsminister Dr. Haslinger wies auf die Bedeutung der Arbeiten des Enqueteausschusses für die Landwirtschaft hin.

Bei der Frage der Besetzung des Präsidiums des Ausschusses schlug die Regierung das Präsidialmitglied des Verbandes der deutschen Industrie, Dr. Lammerz, als Vorsitzenden vor. Man darf wohl die Hoffnung aussprechen, daß Dr. Lammerz sich seiner bedeutungsvollen Arbeit bewußt ist und in strengster Objektivität die Leitung des Ausschusses wahrnimmt. Dr. Lammerz war der Vertreter des Reichsverbandes der deutschen Industrie auf der Weltwirtschaftskonferenz. Wenn es auch ein glückliches Zufallstreffen ist, daß beide Konferenzen in dieser Form personell vereinigt werden konnten, so sind wir uns dennoch der Gefahren bewußt, die darin liegen, daß Herr Lammerz der Vertreter einer einseitigen Interessengruppe, und zwar der der Industrie ist. Es wird sich im Laufe der Zeit zeigen, ob Herr Lammerz die Voraussetzungen zu erfüllen vermag, die an seine Person gestellt werden. Alles weitere muß hier abgewartet werden. Als vorstehende Stellvertreter wurden der Genosse Dr. Hifferding, ferner Graf Kayserlingk und Professor Harms bestimmt.

Der vorläufige Arbeitsplan des Enqueteausschusses sieht die Bildung von 6 Unterausschüssen vor, die sich nach den Hauptgebieten der deutschen Wirtschaft gliedern. Der erste dieser Hauptausschüsse wird die Struktur der deutschen Volkswirtschaft, insbesondere die allgemeinen Grundlagen der Produktion, die Standortbedingungen und die wirtschaftlichen Organisationsformen untersuchen. Ferner wird er die bedeutungsvollen Änderungen der Volkswirtschaft zu prüfen haben, die auf die deutsche Volkswirtschaft zurückzuführen sind. Die Frage der Handelsbilanz, die Nahrungs- und Rohstoffversorgung wird hierbei eine besondere Rolle spielen.

Der Hauptausschuß II soll die gegenwärtige Lage der Landwirtschaft und ihre Entwicklungsmöglichkeiten, usw. Betriebsgrößenklassen und nach geographischen Gebieten angegliedert, untersuchen. Insbesondere gilt es, hierbei die Produktionsgrundlagen, die Betriebslage, die Besitzverteilung und den gegenwärtigen Stand der Technik festzustellen. Im einzelnen sind die Kostenfaktoren das Preisverhältnis zwischen Produkten und Produktionsmitteln, die Organisation des Inlandsabsatzes und die Spanne zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreis Gegenstand der Behandlung. Die Möglichkeit der Rationalisierung in der Landwirtschaft u. a. soll sich dem anschließen.

Der 3. Hauptausschuß ist berufen für Gewerbe (Industrie, Handel und Handwerk); dieser wird zunächst die Produktionsgrundlage der deutschen Gewerbetätigkeit, Zahl der Betriebe und beschäftigten Personen, Anlage und Betriebskapital, Unternehmungsformen, technische Produktionsapparate, Produktionsmenge und -wert, Stand der Arbeitslosigkeit usw. festzustellen haben. Neben den Produktionsgrundlagen spielen die Produktionskosten eine große Rolle. Diese sollen ermittelt werden durch Untersuchungen nachstehender Kostenfaktoren: Roh- und Hilfsstoffe, Löhne und Betriebsgehälter (Lohnhöhe, Lohnsystem, Arbeitszeit der einzelnen Arbeitergruppen, Fach- und ungelernete Arbeiter im Benehmen mit den Untersuchungen des 4. Ausschusses; Verhältnis von Maschinen zur Handarbeit, Verhältnis von „produktiven“ zu „unproduktiven“ Löhnen usw.), Aufwendungen auf Grund der sozialen Gesetzgebung, freiwillige und

soziale Leistungen usw. Hierbei gehört auch der Einfluß der Betriebsgröße, des Standortes, des Beschäftigungsstandes und des wirtschaftlichen Aufbaues der Betriebe auf die Produktionskosten. Ferner die Absatzbedingungen der industriellen Produkte für In- und Ausland; die Organisation des Absatzes (Großhandel, Kleinhandel, Genossenschaften und die Frage der Kartelle und Syndikate. Die Wirkungen der Rationalisierung auf die Preisbildung und den Arbeitsmarkt schließt sich dem an.

Ein weiterer Ausschuß hat die Frage des Geld- und Kreditwesens, die Aufnahmefähigkeit des Kapitalmarktes, die Kreditpolitik der Reichsbank, der Privat- und öffentlichen Banken zum Gegenstand. Desgleichen ist ein Ausschuß für die Untersuchung des öffentlichen Finanzbedarfs vorgelesen.

Der 4. Hauptausschuß soll die Wirkung von Arbeitszeit und Arbeitslohn auf die Arbeitsleistungen untersuchen. Hierbei sollen besonders durch vorzunehmende Prüfungen von einzelnen Betrieben der verschiedenen Industrien die Veränderung der Arbeitsleistungen bei jeweils verschiedenen Arbeitszeiten, Lohnhöhen und Lohnsystemen möglichst isoliert festgestellt werden. Die Untersuchung erstreckt sich ferner auf die Wirkungen verschiedener Arbeitsdauer, sowohl beim gleichen Betrieb zu verschiedenen Zeiten wie auch bei verschiedenen Betrieben zur gleichen Zeit.

Damit hätten wir den vorläufigen Arbeitsplan des Enqueteausschusses beschrieben. Keine leichte Aufgabe ist es, die man sich hier gestellt hat. Um so mehr ist es zu wünschen, daß eine Bewältigung des ungeheuren Pensums möglich ist. In jedem Hauptausschuß und den Unterausschüssen sitzen Vertreter der modernen Arbeiterbewegung. Sie haben deren Interessen zu vertreten und um eine genaue Untersuchung besorgt zu sein. Die Gewerkschaften sehen nunmehr den Arbeiten des gebildeten Enqueteausschusses mit großem Interesse entgegen und werden in der Lieferung von Material zur Hand gehen.

Werte für unsere Betriebsräte.

Von W. Martin-Hermendorf.

Wenn man zu der Tätigkeit unserer Betriebsräte Stellung nimmt, so wird man nicht umhin können, auch der Verwaltung- und verhandlungstechnischen Seite einige Beachtung zu schenken. Auf diesem Gebiete liegt noch viel im argen. Unsere Arbeiterschaft ist es gewöhnt, der Bürokratisierung ihrer Institutionen ein erhebendes Nacheben abzugewinnen. Bewußt, eine Ueberbürokratisierung ist von Uebel und erschwert die Arbeit. Aber auch in der Arbeiterbewegung kommen wir um ein gewisses Maß der Bürokratisierung nicht herum. Nur haben wir uns dabei Mühe zu geben, daß die Köpfe und die Amtschimmel draußen bleiben. Unter einer proletarischen Bürokratisierung verstehen wir eine ordnungsgemäße bürokratische und praktisch arbeitende Verwaltungstechnik. Das gehört übrigens zu jeder Organisation, wenn Vorstand und Mitglieder über genügende Ordnungsliebe verfügen.

Das, was aber für jede einzelne Zahlstelle, für jeden Verein gilt, hat auch Berechtigung für den Betriebsrat. Gerade bei uns in der Porzellanindustrie ist es um so wichtiger, als unsere Tarifinstanzen bei Beurteilung von Streitfällen genaueste Unterlagen verlangen. Daher müssen unsere Betriebsräte ihre Tätigkeit aktionärisch festlegen und alle Differenzpunkte aufs genaueste protokolllarisch festhalten und sie so zu klären versuchen. Sehr viele Gewerbe- und Arbeitsgerichte, ebenso Schlichtungsausschüsse, verlangen heute exakte Unterlagen, und wer das Glück hat, Streitigkeiten zu vertreten, welche den Mangel der unvollkommenen Vorbereitungen an sich tragen, wird wissen, wie schwer obliegende Urteile zu erreichen sind. Unsere Arbeiterräte dürfen also ihre Tätigkeit nicht mehr los handhaben, sondern sie müssen sich ein bestimmtes Maß verwaltungstechnischer Kenntnisse aneignen. Jedes Wort über Demokratisierung der Wirtschaft bleibt solange Phrasen, als wir unter unseren Kollegen nicht den Stamm von Funktionären heranbilden können, der es mit seiner Aufgabe ernst nimmt. Jeder Arbeiterrat vernachlässigt seine Arbeit, der sie nicht aktionärisch zusammenhält.

Die öffentlich-rechtliche Institution der Betriebsräte verpflichtet. Eine solche Verpflichtung kann in sich schließen, daß bei Vermaßeln einer Sache die zivilrechtliche Haftung entsteht.

So wie es verwaltungstechnisch aussieht, so liegt es auch verhandlungstechnisch. Im Laufe der Zeit haben sich die Dinge so entwickelt, daß bei den meisten Verhandlungen mit dem Unternehmer nur der Arbeiterratsvorsitzende, bestenfalls der zweite Vorsitzende oder der Abteilungsvertreter mitgezogen wird. Vom Standpunkt des BRG aus betrachtet, sind solche Klumpenverhandlungen rechtswirksam. Das BRG spricht nur vom Arbeiter- oder Betriebsrat, nie vom Vorsitzenden. Nur § 77 macht eine Ausnahme insofern, als ein vom Betriebsrat bestimmtes Mitglied bei Unfalluntersuchungen zuzuziehen ist. Aber gerade, weil § 77 diese Ausnahmevorschrift enthält, ist daraus zu schlussfolgern, daß bei allen anderen Verhandlungen der gesamte Arbeiterrat oder der gesamte Betriebsrat anwesend sein muß. Der Vorsitzende hat auch die Verpflichtung, alle Mitglieder dauernd über alle Vorgänge zu informieren. Inzwischen hat die Rechtsprechung, insbesondere aus Anlaß der Kündigungseinsprüche, wiederholt die Meinung vertreten, welche als herrschende angeprochen werden kann, daß Verhandlungen zwischen der Betriebsvertretung und dem Unternehmer nur dann Gültigkeit haben, wenn die in der Sache zuständige Betriebsvertretung verhandlungsanwesend war. Es ist notwendig, darauf hinzuwirken, um unsere Kollegenschaft vor Schaden zu bewahren. Die Bequemlichkeit des Unternehmers, nur mit einem zu verhandeln, muß zugunsten der Verhandlungsvorschriften abgelehnt werden. Es wird einen harten Kampf mit den Unternehmern kosten, aber er muß durchgefochten werden. Schließlich kann der Schlichtungsausschuß (arbeitsgerichtliche Kammer) ein Machtwort sprechen.

Auch in bezug der Verhandlungstechnik einige Worte. Wenn einmal Feststellungen gemacht würden, wieviel Arbeiter- und Betriebsräte in ihren Sitzungen und in Sitzungen mit den Unternehmern Protokolle führen, so dürfte keine allzu hohe Zahl herauskommen. Doch auf diesem Gebiete werden die Unternehmervereine unseren Kollegen noch manches beibringen. Vor den staatlichen und kommunalen Instanzen geben sich die Unternehmervertreter die erdenklichste Mühe, wenn schon

eine Sache für sie materiell aussichtslos ist, die Verhandlungs-
vorschriften prüfen zu lassen, und wir wollen durchaus niemand
Vorwürfe machen, die Herren Unternehmervertreter würden die
meisten Streitfälle wegen Nichtbeachtung von Verfahrens- und
Verhandlungsvorschriften vor Eintritt in die Streitige Ver-
handlung ab. Die Protokollführung in allen
Sitzungen ist wichtig und darf nicht übersehen und unter-
schätzt werden. Bei den Verhandlungen mit dem Unternehmer
hat auch der Unternehmer das Protokoll mit zu
unterschreiben. Darauf ist besonders Obacht zu geben.

Es gibt Betriebe, welche im Jahre noch nicht einmal eine
Verhandlung mit dem Unternehmer haben, ja, sogar unter sich
finden keine Arbeiterratsitzungen statt. Man gibt sich zufrieden,
wenn eine Liste aufgestellt und sie für gewährt erklärt wird; na,
damit man eben auch die Woge der Betriebsräte mitmacht. Die
Belegschaft selbst kümmert sich dann um ihren Arbeiterrat nicht
weiter und erst, wenn Differenzen erster Natur auftreten, er-
innert man sich an ihn. So kann das natürlich nicht gehen.
Solche Arbeiterräte und Belegschaften schädigen durch ihre In-
aktivität und Apathie die ganze Industrie. Arbeit-
erratsitzungen müssen regelmäßig statt-
finden. Schon der Vorsitzende hat die Aufgabe, regelmäßig dafür
zu sorgen. Mit dem Unternehmer müssen auch regelmäßige
Sitzungen abgehalten werden. Wenn schon keine Streitpunkte
zur Verhandlung stehen, so liegt auch eine Aufgabe der Ar-
beiterräte darin, die maschinellen und technischen Einrichtungen
des Betriebes einer Erörterung zu unterziehen und sie zu ver-
bessern suchen. Das Maß der körperlichen Anstrengung bei
der Arbeit muß vermindert werden und ist im Zeitalter der
Maschinen dringend notwendig. Es gibt in jedem Betriebe
vielen zu verhandeln. Ein aufmerksamer Arbeiterrat wird auch
stets für genügenden Verhandlungsstoff Sorge tragen und sich
damit selbst mehr Einblick in die Betriebsführung verschaffen.

Zum Schluß einige Worte über die Betriebsräte-
schulung. Die Aufmerksamkeit der Gewerkschaften zur
Schulungsfrage reicht nicht aus. Man glaubt in den Zahl-
stellen nicht mehr tun zu müssen, als von „oben“ herab ange-
ordnet wird. Von untern Vorstellern sind es die
wenigsten, welche sich besondere Mühe geben, ihre Funktionäre
zu funktionären zu machen. Was im alten Staat
das Wort Geltung gehabt haben: „Wem Gott ein Amt gibt,
dem gibt er auch Verstand“; in unserer Bewegung werden die
Dinge anders aufgefaßt und praktisch liegen sie auch anders.
Im Rahmen dieses Artikels läßt sich nicht eingehend die
Schulungsfrage behandeln. Wir können heute nur kritisch dazu
Stellung nehmen. Es gibt so viele Möglichkeiten, durch Kurse
über verschiedene Wissensgebiete, und die gehören zur Schulung
mit, nicht allein die rechtliche Seite unserer Tätigkeit, die
Funktionäre zu erziehen. Darüber hinaus muß aber jeder
einzelne Funktionär für sich selber Interesse haben, sich weiter
zu bilden, sich ein Maß von Wissen und Können
anzueignen. Die Gewerkschaften geben Möglichkeiten, und
es gilt für jeden Betriebsrat, für jeden Funktionär, die Mög-
lichkeiten auszunutzen, damit er ein brauchbares Mitglied der
proletarischen Interessensvertretung wird. Mit Ernst und
Stolz an sich selbst arbeiten, das ist allerdings die
beste Schulung, und alles andere sind dann nur Hilfsmittel
und Anreize.

Wenn auch die Betriebsrätetätigkeit noch keine Erfahrungen
großen Umfangs, keine Traditionen aufzuweisen hat, so muß
daran gearbeitet werden, tüchtige Funktionäre heranzubilden,
welche im Sinne der sozialistischen Gedankenwelt ihre schwere
und verantwortungsvolle Arbeit zur Förderung der proletar-
ischen Interessen und zur Wegbahnung der sozialistischen
Wirtschaftsordnung verrichten.

Die Gewerkschaften für Ermäßigung der Zollermäßigungen.

Die unterzeichneten Gewerkschaftsorganisationen richteten
an die Reichsregierung, den Reichszolltarif und an die Mit-
glieder des Reichstages folgendes Schreiben:

Nach dem § 6 des Gesetzes über Zolländerungen vom
17. August 1925 sind für die wichtigsten Lebensmittel ermäßigte
Zollsätze bis zum 31. Juli d. J. vorgeschrieben. Nach Ablauf dieser
Zeit sollen gemäß dem Gesetz die weit höheren autonomen Zoll-
sätze in Kraft treten, soweit nicht durch Handelsverträge ge-
ringere Sätze für einzelne Positionen vereinbart worden sind.

Der § 6 des Gesetzes hatte den Zweck, die volle Auswirkung
der Zölle auf die Preisgestaltung nur allmählich und in einer
wirtschaftlich günstigeren Zeit herbeizuführen.

Diese wirtschaftlich günstigere Lage ist aber zurzeit, angesichts
der seit mehr als einem halben Jahr vorhandenen Wirtschaftskri-
se, nicht gegeben. Die Zahl der erwerbslosen Hauptunter-
stützungsempfänger hat sich seit der Zeit, wo das Zollgesetz be-
schlossen wurde, fast verdreifacht, die Zahl der Kurzarbeiter ver-
dreifacht. Infolgedessen ist die Kaufkraft der heillosen Ver-
brauchermassen dermaßen geschwächt, daß die höheren Zölle eine
für die armste Bevölkerung weitere Belastung darstellen würden,
die in der Tat unerträglich wäre.

Fünfzig Jahre Porzellanmalerei.

In den nachfolgenden Zeilen schildert der
Kollege Heinrich Palme, Magdeburg, einen kleinen
Abchnitt aus seiner fünfzigjährigen Tätigkeit als
Porzellanmalerei. Wenn auch der Bericht über ein
halbes Jahrhundert menschlichen Wirkens sehr kurz
zu nennen ist, so geht doch unzweifelhaft daraus
hervor, daß ein erheblicher Teil unserer alten
Kollegen im Gegensatz zu den heutigen von dem
Drange befreit war, die Welt, d. h. andere Länder,
fremde Städte und Menschen zu sehen und die
damit verknüpften Schönheiten in sich aufzuneh-
men. Das hat unser Schilderer ja reichlich getan.
Es wäre zu wünschen, daß ein Teil unserer jungen
Kollegen im Gegensatz zu den Schönheiten, selbst-
ständig auch von den Mühen und Beschwerden
draußen kostete und sich gestalten ließe. Aber auch
im Interesse des Porzellanmalereibetriebes wäre es
gelegentlich, wenn recht viele Kollegen dessen Vorkun-
den mehr kennen lernen würden, als das heute in
den Fabriksbetrieben der Fall ist. Bei dieser Ge-
legenheit möchte ich allgemein darauf hinweisen,
daß mir Berichte über Erlebnisse unserer alten Wan-
derbrüder sehr willkommen wären. Hat nicht
manchmal einer das Bedürfnis sich dieses und
jenes Erlebnis seines Lebenslaufes in seiner Art
von der Seele zu schreiben? Das Leben unserer
alten Porzellaner ist doch reich. Begebenheiten
aller Art: will keiner mal zu schreiben?
Die Redaktion.

Am 12. Juni 1876 begann im schönen Riesengebirgsstädt-
chen Bohemische meine Lehrzeit. Mit der Reichenmappe
unter dem Arm und große Hoffnungen im Herzen trat ich den Weg
zur Lehrstelle an. Wie es wohl jedem ergeht, waren die ersten
Tage nicht die schönsten. Denn: das Stillstehen will auch gelernt
sein. So vergingen die Lehrjahre mit dem Bewußtsein, nachher
kann man sich die Welt schon ansehen mit ihren Schönheiten.
Angeregt durch die Söhne des Nachbarn, die viel in der Welt
herumgekommen waren, reifte in mir auch die Begierde: hinaus
in die Welt.

Am 2. Mai 1880 kam der Plan zur Ausführung. Das
Reisebündel wurde gepackt, dann ging es mit Halle hinaus.
Über Reichenau nach Gabel, Reichenberg, Gaiandorf, Fried-
land nach Jittau machte ich über Gabel nach dem Elberode der

Es kommt hinzu, daß gerade in den Sommermonaten der
Viehtrieb nachläßt, daß ferner jenes die Preise günstig be-
einflussende Kontingent vollfreien Gefrierfleisches bereits fast
völlig aufgebraucht worden ist. Aus diesen beiden Ursachen ergibt
sich ohnehin die Gefahr einer preissteigernden Wirkung. Auch
die Getreidepreise pflegen um diese Jahreszeit merklich in die
Höhe zu gehen.

Schon jetzt haben die Preissteigerungen landwirtschaftlicher
Produkte allgemein eingesetzt, während die Industriepreise
ständig sinken; diese gegenfällige Bewegung ist bereits so weit
gediehen, daß die Weiszahlen des Statistischen Reichsamts für
die Großhandelspreise die Schließung der „Preisliste“ an-
zeigen.

Das Gesetz über Zolländerungen galt übrigens nur als
vorläufige Regelung und weite Kreise des deutschen Volkes
waren der Annahme, daß im Wege des Abschlusses von Han-
delsverträgen eine spürbare Herabsetzung der Lebensmittelpreise
alsbald erfolgen werde. Das ist bisher nicht geschehen.

Alle diese Tatsachen, in deren Vordergrund die Not des
arbeitenden Volkes steht, veranlassen die unterzeichneten Spitzen-
verbände, an die Reichsregierung und den Reichstag das drin-
gende Ersuchen zu richten, die bis zum 31. Juli gesetzlich fest-
gelegten Zollermäßigungen mindestens für weitere vier Monate
in Gültigkeit zu lassen.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.
gez.: Leipzig.

Allgemeiner freier Angestelltenbund.
gez.: S. Aufhäuser.

Allgemeiner Deutscher Beamtenbund.
gez.: Koblenz.

Deutscher Gewerkschaftsbund.
gez.: Bernh. Ditt.

Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und
Beamtenverbände.
gez.: Lemmer.

Freizeit für Jugendliche.

Die Arbeitsgemeinschaft für Volksgesundheit hat den Kampf
um die Freizeit der Jugendlichen tatkräftig aufgenommen; geht
es doch um die Gesunderhaltung unserer Kinder und deren
Schnellwuchs vor all zu früher Herberanstrengung in Jahren stärksten
Wachstums.

In einer Versammlung der angeschlossenen Verbände wurde
folgende Entschließung gefaßt:

„Die unterzeichneten Organisationen haben es als ihre
Pflicht betrachtet, das deutsche Volk, seine Reichsregierung und
seine Landesregierungen, alle Träger der öffentlichen und freien
Volkswirtschaft sowie die deutsche Arbeiterschaft nachdrück-
lich und einmütig auf die schweren gesundheitlichen, er-
zieherischen und volkswirtschaftlichen Gefahren hinzu-
weisen, die der erwerbstätigen Jugend aus dem Mangel
an Freizeit erwachsen. Sie halten es zur Abwehr der Gefahren
für dringend notwendig, daß alsbald gesetzliche Maßnahmen
ergriffen werden, die der erwerbstätigen und in der Berufs-
ausbildung stehenden Jugendlichen eine ausreichende tägliche
Freizeit und einen ausreichenden jährlichen Urlaub gewähren.
Ueberzeugt von dem Rechte der Jugend auf ein jugendhaftes
Leben und überzeugt von der Tatsache, daß eine unzureichende
Freizeit der Jugend die Erhaltung der deutschen Volkskraft ge-
fährdet und einen Abbau an dem Volksteile darstellt, von dem
wir erst in Zukunft Leistungen erwarten müssen, überzeugt von
diesen Tatsachen, ersuchen wir die Reichsregierung, die Landes-
regierungen, die deutschen politischen Parteien und die deutsche
Öffentlichkeit, sich für eine gesetzliche Erfüllung der folgenden
Forderungen einzusetzen:

1. Grundsätzliche Ausdehnung der Schutzbestimmungen für
die Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter und Angestellten
auf das Alter vom 14. bis zum vollendeten 18. Jahre.
2. Drei Wochen bezahlte Ferien für erwerbstätige Jugend-
liche (einschließlich Lehrlinge) unter 16 Jahren, und zwei
Wochen bezahlte Ferien für erwerbstätige Jugendliche
(einschließlich Lehrlinge) zwischen 16 und 18 Jahren.
3. Festsetzung einer Arbeitswoche von höchstens 48 Stunden
(einschließlich des Nachunterrichts und der Zeit, die für
die Aufräumungsarbeiten beansprucht werden könnte).
4. Beginn der sonntäglichen Arbeitsruhe mit Sonnabend
mittag oder Gewährung eines freien Nachmittags in der
Woche.
5. Festsetzung ausreichender Arbeitspausen.
6. Verbot der Nachtarbeit für Jugendliche.

Wir sind überzeugt, daß die Erfüllung dieser Forderungen
der deutschen Volkswirtschaft nicht zum Nachteil, sondern viel-
mehr zum Vorteil wirkt, da eine ausreichende Freizeit die Ju-
gendlichen an Leib und Seele zu kräftigen und dadurch ihre
Arbeitsfreudigkeit und Leistungen zu heben vermag.

Malerei, nach Saida. Da bekam ich gleich in der ersten
Malerei Stellung. Mein Weibchen war nur von kurzer Dauer,
da mir die ewigen Wolltätchen nicht paßten. In der zweiten
Malerei, in die ich eintrat, wurden reiche Sachen gemacht, was
für mich eine weitere Ausbildung war. Dort blieb ich bis
April 1882. Dann ging es wieder weiter nach Hohenbach, von
da mit dem Dampfer nach Dresden, durch die schöne Sächsische
Schweiz. In Dresden war momentan keine Arbeit zu bekom-
men, deshalb fuhr ich mit einem Dampfer nach Meissen. Auch
dort war nichts zu machen.

Auf Anraten eines Kollegen, der den Sprechsaal zur Hand
hatte und einige Stellen von Berlin herausrief, begab ich
mich nach Berlin. In der ersten Malerei, in der ich vorprach,
erhielt ich auch Arbeit. Nach einigen Monaten bekam ich von
Hd. Hamann, Dresden, ein Schreiben, daß ich nun dort in
St. Louis ... fürte. Ich nahm an. Mein Wunsch war
erfüllt, auch das schöne Dresden kennenzulernen. Später arbeitete
ich bei Rev Meyer in Alt-Wiener Sachen. Darauf wechselte
ich zu Julius Wohl nach Meissen. Infolge darauf einziehenden
unruhigen Geschäftsganges war ich gezwungen, die beiden schönen
Städte zu verlassen, um nach Lettin bei S. in Stellung zu
gehen, was allerdings ein recht einsames Leben mit sich brachte.
Ich kam noch ein recht reinerlicher Herbst, der die Straßen
grundlos machte. Nach einem Jahr Tätigkeit in Lettin ging
ich nach S. nach Frankfurt a. d. O., dann nach Gagen i. W.,
von da nach Jos. Hoffmann, Düsseldorf, wo ein recht gemütliches
Personal bestimmt war. Leider wurde ich durch den Tod
meiner Mutter aus der schönen Stadt abgerufen. Am 1. Sept.
1886, nachts, begleiteten mich die Kollegen zum Abschied nach
dem Bahnhof Düsseldorf-Derendorf. Als ich den Zug bestiegen
habe, sangen sie Abschiedslieder, was bei der mondernen Nacht
eine unergiebliche Eindruck auf mich machte. Nach kurzem
Aufenthalt in der Heimat bekam ich bei Jos. Krämer, Gaiandorf,
Stellung. Bei dem dortigen Personal war auch gut sein.

Mit dem Kollegen Jos. Gläjer verlegte ich mein Tätigkeits-
gebiet nach Oberwieslau im Bayerischen Wald. Nach Auf-
forderung eines Kollegen in Forstgrund in Norwegen erklärte
ich mich sofort bereit, dort Stellung anzunehmen. Mit den
notigen Abschieds-Maßregeln gefällig, ging die Reise Sonn-
tagfrüh von Zwiesel über Regensburg, Hof, Leipzig nach Ham-
burg. Als ich ankam, war leider der Dampfer nach Norwegen
schon Sonntag abgefahren, deshalb mußte ich die Reise über
Göteborg, Christiania antreten. Die Verhältnisse in der Fabrik
in Forstgrund waren unter der Leitung des Direktors Bauer
annehmbar. Jedoch war das Leben recht einsam, da es weder

„Die Staatlichen Porzellanmanufaktur am Scheidewege.“

Eine Erwiderung.

Gemäß einem Versammlungsbefehl der Zahlstelle der
Charlottenburg vom 17. Juni bin ich beauftragt, auf den
Artikel des Kollegen Menninger in Nr. 23 der „Ameise“ fol-
gend zu erwidern:

Soweit die Ausführungen Menningers die Meißener Ma-
nufaktur betreffen, kann ich dazu keine sachliche Stellung neh-
men, weil ich die dortigen Betriebsverhältnisse zu wenig ken-
nen. Ueber die Staatliche Porzellanmanufaktur Berlin aber
als langjähriger Mitarbeiter und Betriebs- und Arbeiter-
mitglied so intensiv und erfahren unterrichtet, daß ich die
stros anmutenden Behauptungen des Reaktors im Zu-
trage der Belegschaft und der Wahrheit in keiner Weise unbestätigt
lassen kann. Menninger zitiert zunächst den brutal-kapitalist
eingestellten Artikel der „Industrie- und Handelszeitung“
Meißen zur „Tonquetse“ kempeln möchte, und gleich hinter
die demokratische „Vossische Zeitung“, die trotz ihrer
den hohen Kulturwert der Staatsmanufakturen schätz-
t.

Menninger sagt wörtlich: „Soweit diese Blätter. Die
und die Öffentlichkeit hätte sich schon längst einmal mit
Staatl. Porzellanmanufakturen befaßt.“

Dagegen ist zu bemerken: Wir alle wissen, in wie
schlimmen, die Berliner Manufaktur schädigenden Weise die
Presse in der wenig rühmlichen Vera Dr. Schneiders mit
beschäftigt hat. Weil es jedenfalls so reizvoll war, kann es
Reaktor unferes Gewerkschaftsblattes nicht unterlassen, ein-
mal über ein keramisches Institut zu schreiben, von dem
anerkanntem Wirken er scheinbar keinen blaffen Schimmer
Den tatsächlichen Betrieb hat er wohl noch nie intensiv ken-
gelernt. In unserer Belegschaft hat der Aufsatz Nr. 5 alle
Empörung verursacht und zu erhitzen Debatten gegen
„Ameise“ die doch unsere wirtschaftlichen Interessen vor-
sollte, geführt. Nur die amnabende Verschrobenheit und
ständige Unkenntnis Menningers über die tatsächlichen Ver-
hältnisse in Berlin müssen zu den falschen Ausführungen ge-
führt haben. Er schreibt weiter: „Eine Teiländerung der Pro-
tationsweise wäre schon 1919 notwendig gewesen.“ Wir sind
um alles in der Welt, was sollte da wohl umgestellt werden
Staatl. Staatsmustersbetrieb, in Dividendenquelsche a la
Freilich, gerade 1919 wurde die Manufaktur im Ge-
des Reaktors umgestellt; sie wurde nämlich teilweise ge-
leitet, und es wurde sogar verkürzt gearbeitet. Das war gar
unser Arbeitsinteressen und war auch gar nicht nötig gewe-

Menninger schreibt ferner: „Ein weiterer, noch ausseh-
gebender Umstand ist der, daß die beiden Manufakturen
ihren Erzeugnissen nicht mehr gut in unsere Zeit passen
auch keine große Mühe machten, sich den Zeitverhältnissen
anzupassen.“ Diese Behauptung ist — mit Verlaub — eine
Freiung und beweist die artistische Geschmackslosigkeit des Re-
aktors. Wir wollen uns hier nicht über elementare Kunstfragen
auseinanderlegen, fest steht jedoch das allseitig anerkannte
Urteil mahgebender, namhafter Kritiker und Kenner über Ber-
liner alte und neue Erzeugnisse. Den Gipfel seiner verkehr-
Anschauung leistet sich Menninger mit seiner Behauptung über
Industrieporzellan, daß er als „Spielerei, ausgeübt von Vi-
tantan“, bezeichnet. Man muß schon die Geduld eines
Krugbauern haben, der uns Breuken was erzählen will, und
wir alle am eigenen Leibe erfahren und seit Jahrzehnten be-
gesehen haben, nämlich technisches, feuerfestes und säurem-
nes Industrieporzellan in einer solchen Qualitätsvollendung
heranzustellen, wie es wohl in keiner zweiten Manufaktur her-
gestellt wird. Ich kann wohl von hier aus behaupten, daß
wissenschaftlichen und Industrie-Keramiken schon fabriziert wor-
den, als Menninger noch gar nicht das Licht der Welt erblickt
hatte.

Zusammenfassend sei verbracht: Du hast, werter Kol-
lege Menninger, einen sehr, sehr schlechten Berater gehabt, als
deine Artikel geschrieben hastest. Wenn du sogar schreibst,
Manufaktur habe eine so hohe Belegschaftsziffer, so muß
feststellen, daß gerade das Gegenteil von dem früheren Handels-
minister Giering gesagt wurde. Er war der Meinung, daß
die Manufaktur mit 10 facher Belegschaft arbeiten müßte.
Ich kann dir aber verraten, daß der Bestand des Personals sich
den Jahrzehnten, wo ich der Staatlichen Porzellanmanufaktur
angehöre, fast auf gleicher Höhe sich bewegte. Mit die-
sem kleinen Belegschaft haben wir attemmäßig immerhin die
Staatszettel Uberschüsse abgeführt. Zu Arbeiterentlassung
würde ich als Kollegenvertreter nur im allergrößten Notfalle
meine Zustimmung geben. Du aber bekommst es fertig, die
Direktion gewissermaßen dazu herauszufordern.

Nach bekannter Manier wirst du nun versuchen, durch die
berichtigte „Reaktionschwanzchen“ meine sachlichen Ausfüh-
rungen und Berichtigungen zu verwässern. Bei allen denkenden
Manufakturangehörigen und Verbandsmitgliedern wirst du
damit hoffentlich kein Glück haben.

F. A.: Otto Runby, Dreher.

Konzert, noch Theater, noch Tanz gab. Auch die ungenügende
Sprachkenntnis bildeten einen Hemmschuh. Nach einjähriger
Aufenthalt lehrte ich Norwegen wieder den Rücken, um in Ham-
burg bei der Firma Harms in Stellung zu treten. Es zog mich
wieder mehr nach dem Süden, ich kam jedoch nicht weiter als nach
Magdeburg, wo ich bis heute noch weile. Sollten in den be-
treffenden Malereien sich Kollegen noch meiner erinnern, wäre
es mir sehr angenehm, ein Lebenszeichen von denselben zu hören.
Heinrich Palme, Magdeburg, Hohepoststr. 64.

Der Dichter und die Arbeit. Von dem feudalen Komitee
das die Propaganda für die Fürsten bei der Abstimmung zu
besorgen hatte, wurde an mehrere prominente Persönlichkeiten
ein Aufruf zur Unterzeichnung verfaßt, der für die Sache der
Fürsten eintreten sollte. Dieser Aufruf ging auch an den Dichter
von Wolo. Damit war man an die verfehrte Adresse gelangt,
denn dieser veröffentlichte die Schreiben und lebte in einem
Artikel seine Teilnahme an solchen Machinationen gründlich ab.
Zum Schluß schrieb der Dichter: „Ich gehöre keiner Klasse an,
einer Clique zu, ich liebe nur das Volk, das arbeitet, will
gleichgültig, ob es sich bürgerlich, adlig oder proletarisch nennt.
Für mich haben Arbeit und wahre Liebe, die keine Ein-
schränkung kennt, allein Anspruch auf Achtung. Arbeit allein
schafft und erhält Menschentum, die Arbeitenden allein geben
uns Zukunft, alle anderen verachte ich aus tiefster Seele.“

Ist es schon schlimm, wenn die Arbeiter sich in den sozial-
politischen Organisationen gegenüberstellen, dann ist es noch
schlimmer, wenn wiederum — und dies ist in solchem Falle
unabwendbar — die Arbeiter jedes einzelnen Gewerbes, ja
jeden einzelnen Fabrik und Werkstatt, in zwei, drei Lager aufgetrennt
sich befinden. Dieser ungeliebte Streit, welcher nicht zum gering-
sten Teile sich nicht um Prinzipien und Theorien, sondern um
bloße Formen dreht, also um etwas, das stets veränderlich ist
und veränderlich sein muß, weil die Form (also in diesem Falle
die Organisation) stets sich den Verhältnissen anzupassen hat
ist der besondere Fluch, unter dem die deutsche Arbeiterbewegung
leidet. Daß gewissenlose Menschen auf diesen Formstreit hin
eine große Masse fanatisieren konnten und können, ist zugleich
ein höchst trauriger Beweis der Beschränktheit eines Teiles der
Arbeiterklasse.

Behel („Vollstaad“, 1872. Wiebergegeben in
Klubs, August Behel, der Mann und sein Werk.
Verlag Dieb, Berlin).

Die Entgegnung zur Erwiderung.

Die Angelegenheit der Staatlichen Porzellanmanufakturen wäre einer sachlicheren Würdigung auch durch den Kollegen Bundy wert gewesen. Der gehässige Ton ist der Sache wegen bedauerlich. Wenn ich trotzdem auf die Erwiderung R. eingehe, möchte ich den Aufklärung der Berliner Manufakturkollegen wegen tun.

Einen großen Teil meiner kritischen Ausführungen bearbeitet Kollege R. nicht. Das ist für mich erfreulich.

Ich habe in meinem Artikel in Nr. 23 der „Ameise“: „Die Staatlichen Manufakturen am Scheidewege“ darauf hingewiesen, daß schon 1919 eine teilweise Umstellung der Produktion wegen Verlustes vom kaiserlichen und verarmten Mittelschichtenbedarf hätte vorgenommen werden müssen. Das kann R. nicht widerlegen. Er schreibt er, die Manufaktur Berlin sei im Jahre 1919 in meinem Sinne umgestellt, d. h. teilweise umgestellt worden. Gegen eine betriebl. Begriffsverwirrung kann ich nicht ankämpfen. Zur Aufklärung möchte ich jedoch der Öffentlichkeit gegenüber ausdrücklich betonen, daß ich unter Umstellung keine Stilllegung, auch keine Teilstilllegung verstehe. Ich siehe auf dem Standpunkt: Wenn infolge politischer oder wirtschaftlicher Umschichtung in einem Volke so große Veränderungen vor sich gehen wie in den Nachkriegsjahren in Deutschland, dann muß sich ein Kunstinstitut aus geschäftlichen Gründen darauf umstellen und versuchen, neue Absatzgebiete zu erschließen, ohne seinen künstlerischen Ruhm zu beeinflussen oder seine künstlerischen Eigenschaften aufzugeben. Der Kollege Bundy hat für die Berliner Staatsmanufaktur nicht den Beweis gebracht, daß meiner Auffassung gemäß gehandelt wurde.

Auch meiner Feststellung, daß die Manufakturen keine große Mühe machten, sich mit ihren Erzeugnissen den Zeitverhältnissen anzupassen, weiß R. nicht einen Beweis entgegenzustellen. Nebenbei will ich erwähnen, daß kein Mensch aus meinen Darlegungen nun entnehmen kann, daß ich mit den paar Worten der Kritik das geschaffene Gute der Manufakturen verdammen wollte. Die großen künstlerischen Leistungen der Staatlichen Manufakturen bleiben auch für mich bestehen. Daran wird nicht gerüttelt.

Nach meinem Dafürhalten hat die Porzellanindustrie in ihren Kunstabteilungen den Zeitverhältnissen viel mehr Rechnung getragen als die Manufakturen, und hat auch den geschäftlichen Erfolg in größerem Maße eingeleistet. Neben den künstlerischen und keramischen Wert will ich dabei nicht rücheln.

Und nun zum springenden Punkt, zum chemisch-technischen Porzellan der Staatlichen Porzellanmanufaktur Berlin. Was nachrichtlich mit Erfolg eingeführt ist, kann kein Nachprüfungsamt. Was ich meine, sind Nachprüfungen der letzten Jahre, die hauptsächlich in Spielerei ausgeartet sind. Im Interesse der Manufakturen will ich Einzelbeispiele dieser Art, und auch solche für andere Porzellanabnormitäten nicht anführen. Meine dahingehenden Ausführungen bezogen sich hauptsächlich auf die Polposition 733 f, Apparat- und Instrumente aus chemischen Zwecken aus Steingut, feinem Tonsteingut, Porzellan, auch in Verbindung mit Stoffen aller Art. In dieser Position war die Berliner Manufaktur nicht unwesentlich beteiligt. Die Ausführungsarten dieser Warengruppe sind zurückgegangen, und zwar von 1526 Doppelzentnern im Jahre 1924 auf 208 im Jahre 1925. Auch in den ersten fünf Monaten 1926 betrug die Ausfuhr dieser Waren nur 67 Doppelzentner gegen 125 der gleichen Periode des Jahres 1925. Wenn tatsächlich die dieser Polposition zugehörigen Waren der Berliner Staatsmanufaktur so preiswert, technisch vollkommen, unübertrefflich über den Artikeln der Konkurrenz auf dem Weltmarkt stehen würden, wer trüge wohl dann die Schuld, daß diese und andere Artikel der Berliner Manufaktur den Weltmarkt nicht eroberten und dem Werk keinen verhältnismäßigen Absatz und damit keine erhöhte Produktion brachten? Diese Frage mag sich der Kollege R. selbst beantworten.

Ich gehe mit dem früheren preussischen Handelsminister E. E. E. überein, daß die Staatliche Porzellanmanufaktur Berlin mit zehnfacher Belegschaft arbeiten müßte und könnte. Was ich meine, soll heißen, daß das Werk gegenwärtig bei diesen Fabrikations- und Geschäftsmethoden sowie den beschränkten Absatzgebieten eine zu hohe Belegschaftsziffer hat. Meine Kritik soll bezwecken, die beiden Staatsmanufakturen müssen sich im Interesse ihrer Belegschaften anders einrichten. Diese sollten mich unterstützen und sich nicht von den lärmigen verantwortlichen Leitungen gegen mich wenden. Durch sachliche Kritik wird kein Werk geschädigt, sondern gefördert; darin können die Kollegen in Uebereinstimmung mit mir viel mehr tun. Die Werte werden nicht von dem gefährdeten Zugreifen der Privatkapitalisten durch Festhalten am Alten, Herkömmlichen geschützt, sondern durch Uebertrumpfen der Konkurrenz in künstlerischer und geschäftlicher Hinsicht. Darin sollten die Belegschaften mit mir einig sein, es würde ihrem Wohle mehr dienen als die Erwiderung des Kollegen R.

Wer von den Manufakturkollegen noch ohne Annahme zu urteilen vermag, möge einmal die künstlerischen Fortschritte der Privatindustrie in den letzten zehn Jahren mit denen der Manufakturen vergleichen, er wird genau wie ich zum Leidwesen der Manufakturen feststellen gezwungen sein, daß bei der Privatindustrie die größere Initiative herrscht und viel mehr Erfolge aller Art gebucht werden konnten, trotzdem die Privatindustrie weniger oder gar keine traditionellen künstlerischen Ueberlieferungen und weniger künstlerisch geschultes Personal hatte. Wer gegen die Vorgänge sich blind stellt, eignet sich nicht zum Abgeben eines Urteils und sollte sich für besonnen erklären. Die Tatsache schädigt die Manufakturen und nicht die Kritiker in der Presse. Mich dünkt, die vom Kollegen Bundy so geführte Polemik ist ebenso wenig rühmlich für die Manufakturen als die seinerzeitige der Reichspressen gegen Dr. Schneider, und mich sollte es wundern, wenn nicht die gleichen Manufakturkreise in Berlin genau so im Hintergrunde stehen würden wie ehemals.

Kollegen und Kolleginnen in den Manufakturen, drängt mit daraufhin, daß die Manufakturen nicht von der Privatindustrie überflügelt werden, strebt für höchste Entfaltung der Staatsbetriebe. Fördert sie! Erst wenn die Staatsbetriebe von der Industrie überlegen sind, können multilaterale Lohn- und Arbeitsbedingungen zum Wohle der Belegschaften bestehen. Dies zu erreichen, ist der Zweck meiner Kritik, und darin erbitte ich die Unterstützung der einsichtigen Kollegen und Kolleginnen in den Staatlichen Manufakturen, auch wenn es gegen die Leitungen geht, deren Aufgabe es sein muß, die Staatsbetriebe vorbildlich in jeder Beziehung auszugestalten.

Der Stand der amerikanischen Steingut- und Porzellanindustrie nach dem Zensus für das Jahr 1923.

Wir entnehmen dem „Keramos“, Heft 5, folgende Ausführungen:

Das „Department of Commerce“, das alle zwei Jahre eine Statistik der industriellen Produktion der Vereinigten Staaten erstellt, hat Ende 1924 die Arbeiten für das Erhebungsjahr 1923 abgeschlossen und 1925 einen Bericht herausgegeben, der u. a. die über die feinkeramische Industrie gesammelten Daten enthält.

Danach haben im Jahre 1923 312 Betriebe feinkeramische Produkte fabriziert. Von diesen 312 Fabriken lagen 102 in Ohio, 63 in New Jersey, 21 in West-Virginia, 20 in Pennsylvania, 17 in Illinois, 14 in Kalifornien, 11 in New York, je 9 in Indiana und Massachusetts, 6 in Michigan, 5 in Texas, je 4 in Colorado, Maryland und Tennessee, 3 in Missouri und je 2 in je sechs anderen Staaten und im Distrikt Columbia.

Unter den 312 Werken befinden sich auch solche, die rote Tonwaren, rotes und braunes Kochgeschirr, Steingut, sanitäres Steingut herstellen, ferner alle feinkeramischen Produkte im weitesten Sinne.

Diese 312 Werke beschäftigten 36 825 Arbeiter (ohne Beamte und Angestellte), und die Summe der ausbezahlten Löhne betrug 46 706 308 Dollar.

Der Gesamtwert der feinkeramischen Produktion hat 113 896 055 Dollar betragen. (Der Anteil der Löhne am Wert des Produktes beträgt also 41 Proz.) Auf die einzelnen Sparten der feinkeramischen Branche verteilt sich dieser Gesamtwert wie folgt:

Note Tonware	2 407 357 Dollar
Notes und braunes Kochgeschirr	1 145 133 "
Steingut, Yellow- und Rockingham-Ware	4 525 223 "
Chemisches Steingut	827 423 "
Chemisches Porzellan	287 170 "
Weißware	39 346 201 "
Hartporzellan, Knochenporzellan, Delfter und Belleek-Ware	1 212 901 "
Hotelporzellan	9 753 987 "
Sanitäres Steingut	27 017 675 "
Elektr. Zubehörteile aus Porzellan	21 981 831 "
Brennspäßen	1 662 915 "
Andere feinkeramische Produkte	3 725 229 "

Betrachten wir den Anteil der Steingut- u. Porzellanproduktion an dieser gesamten feinkeramischen Produktion, so ergeben sich für die in Frage kommenden Positionen folgende Anteilszahlen in Prozenten vom Gesamtwert:

1. Chemisches Porzellan	0,25 Proz.
2. Weißware	34,85 "
3. Hartporzellan, Knochenporzellan usw.	1,06 "
4. Hotelporzellan	8,56 "
5. Sanitäres Steingut	23,72 "
6. Elektr. Zubehörteile aus Porzellan	19,30 "
Zusammen:	87,74 Proz.

Davon umfaßt:

Steingut (Pos. 2 und 5): 58,57 Proz. (= 66 363 876 Dollar)

Porzellan (Pos. 1, 3, 4 und 6): 29,17 Proz. (= 33 235 889 Dollar)

Umfassend: cremefarbenes und weißes Granitsteingut, Halbporzellan und halbgelackte Porzellanware.

Einschließlich Bade- und Wackmannen, aber ohne fittings.

Kunstkeramiken, Modelle und Formen, Kunstziegel (Platten) und feinkeramische Erzeugnisse für technische Zwecke.

Nun ist es bekannt, daß in den Vereinigten Staaten viele feinkeramische Erzeugnisse als Porzellan bezeichnet werden, die nach deutschen Begriffen kein echtes Porzellan sind, sondern eine Art stark gefintertes Feinsteingut darstellen. Als echtes Porzellan kann man mit einiger Sicherheit nur die Position „Hartporzellan, Knochenporzellan, Delfter und Belleek-Ware“ im Werte von 1 212 901 Dollar (= 1,06 Proz. der gesamten feinkeramischen Produktion) ansprechen.

Die folgende Statistik gibt auch einen Ueberblick über die Entwicklung in den Jahren 1921 bis 1923:

	1921	1922	Zu- oder Abnahme in Proz. v. 1921	1923	Zu- oder Abnahme in Proz. v. 1921
Feinkeramik zusammen	84 140 020	91 986 207	+ 10,0	113 896 055	+ 35,4
Die wichtigsten Produkte					
Weißware	29 744 343	28 080 721	- 5,6	39 346 201	+ 32,3
Hartporzellan, Knochenporzellan usw.	4 282 331	1 887 404	- 57,4	1 212 901	- 71,5
Hotelporzellan	7 888 191	6 965 834	- 11,7	9 753 987	+ 23,7
Sanitäres Steingut	15 302 939	24 271 599	+ 58,6	27 017 675	+ 78,6
Elektr. Zubehörteile aus Porzellan (?)	14 330 984	16 128 913	+ 12,5	21 981 831	+ 53,4

Diese Zusammenstellung (Verfasser hat hierbei die wichtigsten Positionen herausgehoben und die prozentuale Zu- oder Abnahme errechnet) zeigt, daß die feinkeramische Industrie Amerikas, im ganzen genommen, sich ungeheuer rasch fortentwickelt. Von 1921 bis 1923 beträgt die Steigerung des Wertes der Produktion durchschnittlich ein Drittel. Die einzige Ware, die zurückgegangen ist, und zwar um 71,5 Proz., ist echtes Porzellan. Ein amerikanischer Bericht schreibt dazu, aus „unerklärlichen Gründen“ ist hier ein starker Rückgang zu verzeichnen. Dieser Rückgang ist aber doch wohl nicht so unerklärlich. Die Produktion von Porzellan hat sich nur unter dem schützenden Abschluß vom Weltmarkt während der Kriegs- und ersten Nachkriegszeit entwickeln können. Gerade seit 1921 etwa setzte wieder das Angebot im ausländischen Porzellan (deutsches, böhmisches, japanisches, englisches, französisches) in größerem Umfang ein. Diesem Angebot war die junge inländische Porzellanindustrie, die in der Fabrikation eines so hochwertigen Artikels unmöglich die Erfahrung und die Fertigkeit erworben haben konnte, um mit den Jahrhunderte alten Werken der alten Welt konkurrieren zu können, nicht gewachsen. Die Einfuhr von Porzellan nahm ständig zu, wie aus der seit Jahren im „Keramos“ veröffentlichten monatlichen Einfuhrstatistik der Vereinigten Staaten hervorgeht.

Der Rückgang, den die Weißwareproduktion und die Produktion von sog. Hotelporzellan im Jahre 1922 durchmachte, mag zum Teil auf gleiche Ursachen, zum Teil aber vielleicht auch auf den starken Rückgang der gesamten Preisbewegung in den Vereinigten Staaten — der Index der Warenpreise erreichte 1922 mit 138 den tiefsten Stand seit Kriegsende — zurückzuführen sein.

Von einer Konkurrenz der eigentlichen Porzellanindustrie Nordamerikas dürfte auf absehbare Zeit kaum etwas zu befürchten sein. Eine Porzellanfabrikation läßt sich eben nicht so einfach installieren, wie etwa eine Strumpfabrik. Dagegen darf die Bedeutung der Feinsteingutindustrie sowohl als Konkurrenz der deutschen Steingut- wie auch indirekt der Porzellanindustrie nicht unterschätzt werden, wie die starke Entwicklung dieses Zweiges zeigt.

Besonders im Hinblick auf die hohen Einfuhrzölle für Porzellan.

Kann ein Kurzarbeiter Anspruch auf Erwerbslosenunterstützung erheben, wenn er seine Arbeit freiwillig aufgibt?

Es bestehen oft Zweifel darüber, ob ein Kurzarbeiter, dessen Lohn durch die Kurzarbeit sehr stark gekürzt ist, Erwerbslosenunterstützung zu beanspruchen hat, wenn er seine Arbeit freiwillig aufgibt. Bekanntlich ist eine der wesentlichsten Voraussetzung für den Bezug der Unterstützung, daß eine unfreiwillige Arbeitslosigkeit vorliegt. Wenn ein Arbeiter wöchentlich um 3, 4 oder gar 5 Tage verkürzt arbeitet, so steht er natürlich nach wie vor in einem Arbeitsverhältnis. Die Aufgabe dieses Arbeitsverhältnisses würde eine freiwillige Arbeitslosigkeit bedeuten. Sehr oft entscheiden daher die Arbeitsämter, wenn Kurzarbeiter ihre Arbeit aufgeben, daß, weil eine freiwillige Arbeitslosigkeit vorliegt, Erwerbslosenunterstützung nicht eintreten kann. Diese Entscheidung ist falsch. Mit Recht verweist Herr Ministerialdirektor Dr. Weigert in seinem Kommentar zur Kurzarbeiterfürsorge auf die Stellungnahme des

Reichsarbeitsministeriums zu dieser Frage (S. 9). Er schreibt:

„Ferner hat das Reichsarbeitsministerium immer auf dem Standpunkt gestanden, daß es keinem Arbeitnehmer auf längere Zeit hin zugewendet werden kann, weil verkürzte Arbeit auszuüben, wenn sie ihm weniger verdient bringt, als er als Arbeitsloser an Unterstützung beziehen würde. Gibt er einen solchen Arbeitsplatz auf, weil keine Aussicht besteht, daß diese Verhältnisse sich bessern, so kann ihm die Erwerbslosenunterstützung nicht deshalb verweigert werden, weil er freiwillig arbeitslos geworden ist.“

In gleichem Sinne hat das Reichsarbeitsministerium auch gelegentliche Anfragen beantwortet. Ein anderer ist auch nicht möglich, denn die Fürsorge für Kurzarbeiter ist gerade deswegen von der Regierung so stark eingeschränkt und eingegrenzt, weil sie in der Kurzarbeit eine wirtschaftspolitisch unerwünschte Arbeitszeitregelung erblickt. Die Stellung der Regierung zur Kurzarbeiterfürsorge ist stark beeinflusst von der Furcht, daß diese eine verdeckte Subvention an unwirtschaftliche Betriebe darstellt und dadurch eine notwendige Vereinigung der Wirtschaft verhindert. Es ist daher selbstverständlich, daß ein Arbeiter, dessen Verdienst durch Kurzarbeit so stark sinkt, daß er weniger verdient, als seine Vollerwerbslosenunterstützung betragen würde, das Recht haben muß, seine Arbeit aufzugeben und Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung zu erheben.

Radio und Arbeiterbewegung.

(Z. W.) Der Arbeiter-Abderation von Chicago ist es gelungen, eine früher vom Marinodepartement benützte drahtlose Station für ihre eigenen Zwecke zu erwerben. Die Anlagen, die in einem großen Gebäude am Pier von Chicago gelegen sind, werden nun von den Arbeitern finanziert und als große Radio-Station eingerichtet werden. Diese wird es sich zur Aufgabe machen, gegen die antigewerkschaftliche Propaganda aufzutreten und die Arbeiter interessierende Nachrichten zu verbreiten. Der Typographenverband von Chicago hat bereits 10 000 Dollar für die Station zur Verfügung gestellt. Außerdem beabsichtigt die Chicagoer Arbeiter-Abderation, von den Mitgliedern der angeschlossenen Verbände einen Beitrag von 2 Dollar zu erheben, der zur Hälfte zum Ankauf und Ausbau der Station und zur Hälfte als Betriebskapital verwendet werden soll.

Wie wichtig es für die Arbeiter ist, eigene Radiostationen zur Verfügung zu haben, zeigt gerade jetzt wieder der Generalstreik in England, wo die Regierung die Möglichkeit hat, sich durch das Radio mit Vorkastern an das Volk zu wenden.

In Holland, wo es eine Arbeiter-Radiovereinigung gibt, die jede Woche einen Abend die Landesstation mietet und sich auf diese Weise direkt mit der Öffentlichkeit in Kontakt setzen kann, ist diese Woche die Gelegenheit benützt worden, an Hand von Nachrichten der Internationalen Transportarbeiter-Abderation, des Z. W. usw. in französischer, englischer und deutscher Sprache einen Bericht über die Streiklage in England und besonders über die auf dem Kontinent zur Unterstützung der englischen Kameraden getroffenen und geplanten Maßnahmen auszusenden, der somit auch von den Arbeitern in England, die infolge des Nichterscheinens der Zeitungen oder tendenziöser Nachrichten aus kapitalistischer Quelle falsch oder schlecht unterrichtet sind, gehört werden und zur Stärkung der moralischen Front beitragen kann.

Mehr Ehrlichkeit!

Mit solchem Ge... muß man sich nun herumschlagen! Dieser bekannte Ausdruck kam mir ins Bewußtsein, als ich den Ausfluß einer edlen Seele in Nr. 25 der „Ameise“ las. Ich kenne die Weise, ich kenne den Text und kenne auch den Verfasser; daß aber der angenehme Zeitgenosse seinen Namen zu diesem Pamphlet herlied, hat mich doch trotz aller Erfahrungen mit Leuten dieses Kalibers überrascht. Wenn ich dem Kollegen Griesbach nachdenke in unserer scharfen Polemik obige Ueberschrift zur Beachtung empfahl, so tut man das doch nur, wenn diese Eigenschaft bei dem Gegner vorhanden ist. Von dem Unterzeichner der Schmähung in der letzten „Ameise“ würde ich diese Eigenschaft so wenig verlangen, wie journalistischen Anstand. Man soll nicht mit untauglichen Mitteln am untauglichen Objekt Versuche machen. Wenn ich seinerzeit auf den unnothigen Angriff des gemerkschaftlichen „Lebenmonatsfindes“ (St. Prot. der Generalversammlung von 1925 seit 1919 im Verband) ihm in humoristischer Form die Ehre einer Beachtung schenkte, so habe ich eben dabei hier wieder einmal die Wahrheit eines alten Sprichwortes gemacht, daß, „wer gewisse Sachen ansieht, keine sauberen Finger behält“. Diese Erfahrung mußte ja auch der von dem bürgerlichen Prekharbitten Rothardt zu Tode gehetzte Genosse, Reichspräsident Ebert machen, ohne daß er imstande gewesen wäre so vorzugehen, wie seine Gegner, nämlich mit Lug, Trug und bodenloser Gemeinheit. Deshalb kann ich auch nur mit dem „Alten Fritz“ sagen: „Tiefer hängen!“ Hermann Dohner.

Gewerkschaftliches.

Emil Girbig sechs Jahre alt. Der Kollege Emil Girbig, erster Vorsitzender des Glasarbeiterverbandes, konnte am 11. Juni seinen sechssten Geburtstag feiern. Er steht seit dem 8. Juni 1897 an der Spitze der Glasarbeiterorganisation und hat sie in den neunundzwanzig Jahren als Steuermann geführt, wie es kein anderer besser hätte tun können. Wir freuen uns, unseren künftigen Bundesgenossen nachträglich gratulieren zu können und wünschen ihm noch recht viele Jahre körperliche Frische, damit er auch für den Keramischen Bund tatkräftig mitwirken kann zum Wohle aller keramischen Arbeiter und Arbeiterinnen, wie auch seiner Berufskollegen im besonderen.

Eine weitere Redakteurstelle besetzt. In die Redaktion der „Gewerkschafts-Zeitung“ kam am 1. Juni der Genosse Richard Seidel als zweiter Redakteur. Er wurde vom Bundesvorstand einstimmig auf diesen Posten berufen. Seidel, 1882 in Berlin geboren, ist von Beruf Lithograph und war besonders in der Bildungsarbeit tätig. Er wurde 1913 vom Bezirksbildungsansichtsbüro Groß-Berlin als beauftragter Sekretär angestellt. Nach kurzer politischer Redakteurarbeit nach dem Kriege übernahm er 1922 im Eisenbahnerverband das Amt eines Betriebsratssekretärs, in dem er noch jetzt tätig ist. Er hat eine Reihe von Schriften herausgegeben, darunter gemeinsam mit Dr. W. Herz das Buch: „Arbeitszeit, Arbeitslohn und Arbeitsleistung“ (1923), sowie in diesem Jahre das Buch: „Die deutschen Gewerkschaften nach dem Kriege“.

Soziales.

Unfall — Gewerkekrankheit. Ministerialrat Prof. Dr. Koellich, Bayer. Landesgewerbeamt in München, schreibt: Wir verstehen unter „Unfall“ im Sinne des Unfallversicherungs-gesetzes eine den Menschen augenblicklich oder innerhalb engbegrenzter Zeit treffende Schädigung, die in engem Zusammenhang mit dem Betrieb erfolgt, in welchem er tätig war. Wenn aber die Körperschädigung langsam und schleichend im Verlauf von Wochen und Monaten sich ausbildet, so liegt kein Unfall mehr vor, sondern eine „Gewerkekrankheit“.

In beiden Fällen handelt es sich wohl um eine Schädigung an Gesundheit und Arbeitsfähigkeit; trotzdem war es bisher für den Betroffenen keineswegs gleichgültig, ob ein Unfall oder eine Gewerkekrankheit vorlag. Denn im ersteren Falle wurde eine Unfallrente gewährt, im anderen Falle bestand jedoch kein Anspruch darauf. Eine vom Reichsarbeitsminister erlassene besondere Verordnung brachte nunmehr die Gleichstellung gewisser Gewerkekrankheiten mit den Unfällen. Zunächst wurden in die

nene Verordnung einbezogen: Erkrankungen durch Blei, Phosphor, Quecksilber, Arsen oder Verbindungen, durch Benzol und seine Homologen, durch die Nitro- und Amidverbindungen der aromatischen Reihe, durch Schwefelkohlenstoff, endlich Erkrankungen an Hautkrebs durch Asch, Paraffin, Teer, Anthrazen, Koch und verwandte Stoffe, wenn sie sich in Betrieben ereigneten, in denen die Arbeiter regelmäßig der Einwirkung dieser Stoffe ausgesetzt sind. Ferner sind einbezogen: Grauer Star bei Glasmachern in den Glasbläsen, Erkrankungen durch Röntgenstrahlen und andere strahlende Energie bei Versicherten, die der Einwirkung von Röntgenstrahlen oder anderer strahlender Energie ausgesetzt sind; die Wurmkrankheit der Vergleute (in den Betrieben des Bergbaues); endlich die Schneeberger Lungenkrankheit, die in den Betrieben des Erzbergbaues im Gebiete von Schneeberg (Freistaat Sachsen) vorkommt.

Eine sehr wichtige Neuerung brachte der § 6 der Verordnung, welcher vorsieht, daß der Versicherte eine Uebergangsgrente erhalten kann (bis zur Hälfte der Vollrente und neben der Rente wegen Erwerbsunfähigkeit), wenn Gefahr besteht, daß eine gewerbliche Berufskrankheit entstehen, wiederentstehen oder sich verschlimmern wird. Diese Uebergangsgrente ist sehr wertvoll, da sie die Möglichkeit gibt, den gefährdeten Arbeiter rechtzeitig von der Gistarbeit zu entfernen bzw. aus dem Betrieb herauszunehmen, bevor noch schwere Krankheitszeichen vorliegen. Besonders empfindliche Personen, die aus Gesundheitsrücksichten in einen anderen Beruf übertritt müssen, können so für die Zeit des Umlernens eine Entschädigung erhalten.

Die neue Verordnung ist demnach von erheblicher gesundheitlicher Bedeutung und füllt eine unangenehm empfundene Lücke in der Sozialversicherung aus. Vorerst wurden aus äußeren Gründen nur einige wenige Gewerbetreibende in die Liste aufgenommen. Es steht aber zu erwarten, daß in absehbarer Zeit noch weitere Krankheiten in die Verordnung einbezogen werden, wenn erst die Verordnung sich richtig eingelebt haben wird und gewisse noch bestehende wissenschaftliche Schwierigkeiten beseitigt sind.

Der Vater der Sozialreform gestorben. Freiherr von Berlepsch, der Vater der deutschen Sozialreform, ist am 2. Juni auf seinem Gute in Seebach, Kreis Langensalza, im Alter von 88 Jahren verstorben. Sein Name steht im innigsten Zusammenhang mit den Anfängen der Sozialreform in Deutschland, die mit den berühmten „Kaiserlichen Erlassen“ vom Februar 1880 angeknüpft worden war, schreibt Th. Leipart in der Gewerkschaftszeitung. Dem Verstorbenen wurde im gleichen Jahr die Leitung des preussischen Handelsministeriums übertragen. Er leitete auch im gleichen Jahr die erste internationale Arbeiterkongresskonferenz in Berlin. Und unter seinem Wirken wurden eine Anzahl sozialreformatorischer Vorklagen eingeleitet und auch Gesetz, darunter die Novelle zur Gewerbeordnung: das Gewerbegerichtsrecht. Nach sechsjährigem Wirken als preussischer Handelsminister im sozialreformatorischen Sinne konnte der Generaldirektor Buech des Zentralverbandes deutscher Industrieller frohlockend schreiben, daß wir endlich den Herrn von Berlepsch klein bekommen haben. Berlepsch setzte als Privatmann seine sozialpolitischen Bestrebungen fort, diese vor allem als 1. Vorsitzender der „Gesellschaft für Soziale Reform“ ab 1901. Später wirkte er auch als Schiedsrichter bei Tarifverhandlungen der Holzarbeiter mit. Die Wäcker haben ihm ebenfalls wertvolle Errungenschaften zu verdanken; denn Berlepsch war es, der nach langen Verhandlungen im März 1896 den Maximalarbeitsstag für das Bäckergewerbe durch Bundesratsverordnung zum Gesetz erheben konnte. Der Genosse Leipart brachte bei der Bestattung Berlepsch in Seebach den Dank der organisierten Arbeiterklasse zum Ausdruck.

Wann kommt die Arbeitslosenversicherung? Schon seit einigen Jahren beschäftigen sich die gesetzgebenden Körperschaften mit der Schaffung eines Arbeitslosenversicherungsgesetzes, das den nur für vorübergehende Zeit berechneten Zustand der Erwerbslosensicherung aufheben soll. Die Mängel der Erwerbslosensicherung sind im Laufe der Zeit immer stärker hervorgetreten, insbesondere erwies sich der Fürsorgegedanke auf diesem Gebiete bei gleichzeitigem Beitragszwang für unhaltbar, so daß namentlich von diesem Gesichtspunkte aus eine Umänderung dieses Zustandes notwendig wird. Es kann nicht angehen, daß Versicherung, die jahrelang Beiträge zur Erwerbslosensicherung leisten, im Falle der Erwerbslosigkeit keine Erwerbslosenunterstützung erhalten, weil eine der Voraussetzungen zu ihrem Bezuge — nämlich die Bedürftigkeit — vielleicht fehlt. Weiter hat sich als ein Mangel die Frage der Krankenversicherung der Erwerbslosen herausgestellt. Nach dem heutigen Recht der Erwerbslosensicherung sind zwar die Krankentafeln verpflichtet, auf Antrag der Gemeinde des öffentlichen Arbeitsnachweises die Krankenversicherung durchzuführen, hingegen ist diese nicht verpflichtet, unter allen Umständen die Erwerbslosen zur Krankenversicherung anzunehmen. Für die Unterhaltungsempfänger können daraus erhebliche Benachteiligungen erwachsen, wenn der Erwerb eines Anpruches aus der Krankenversicherung von einer Wartezeit abhängt. Werden sie nicht zur Krankentafel gemeldet, so wird ihre Versicherungszeit unterbrochen und bei der Wiederaufnahme einer Beschäftigung muß dann unter Umständen die Versicherungszeit von neuem zurückgelegt werden. Es ist daher notwendig, daß sich der Reichstag bald mit der Verabschiedung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes beschäftigt und dieser Frage besondere Aufmerksamkeit widmet.

Die luxemburgischen Arbeiter erhalten bezahlten Urlaub. Die luxemburgische Kammer hat einen Antrag angenommen, wonach alle Industriebetriebe ihren Arbeitern jährlich 12 Tage bezahlten Urlaub gewähren müssen.

Bermischtes.

Ist das möglich? Wohl die einzige Stadtgemeinde in Deutschland, die bei der großen Wohnungsnot über eine größere Anzahl leerstehender Häuser und Wohnungen verfügen kann (infolge der Abwanderung ganzer Betriebe), ist die niederbayerische Stadt Aidenbach. Die Gemeinde hat nun beschlossen, Familien, die sich bisher infolge Wohnungsnot mit schlechter Unterkunft begnügen mußten, in den leerstehenden Wohnungen unterzubringen.

Die Alkohollieferung steigt! Eines der Argumente, die die Alkohollieferanten und ihr Anhang gegen die Notwendigkeit alkoholischer Getränke vordringen, lautet: Es ist ja gar nicht so schlimm mit dem Alkoholkonsum! Und zum Beweise führt die Zahlen an, aus denen hervorgeht, daß Deutschland hinsichtlich seines Alkoholbedarfs in der Reihe der europäischen Staaten weit hinten rangiert und noch längst nicht den Höchststand erreicht hat. Diese Zahlen sind unvollständig und einseitig zusammengestellt. Die Alkohollieferanten vergleichen die Verbrauchsfiguren aus den letzten Jahren mit denen der Vorjahre, aber sie berücksichtigen dabei nicht die Ergebnisse der neuesten Statistik und übergeben die Tatsache, daß der Konsum von Bier und Schnaps seit Kriegsende fast unterbrochen geblieben ist. So betrug im Jahre 1924 die Biererzeugung 37,5 Millionen Hektoliter, in 9 Monaten des Jahres 1925 sind bereits 37,1 Millionen Hektoliter hergestellt worden. Demnach dürfte der Verbrauch des letzten Jahres den des Vorjahres um etwa 25 Proz. übersteigen und mindestens drei Viertel des letzten Jahresertrages betragen. Die Branntwein-Monopolverwaltung hat im Betriebsjahr 1923-24 34,2 Millionen Liter Branntwein (100-prozentig) ausgegeben, im darauffolgenden Betriebsjahr 34,7 Millionen Liter. Sicherlich ist der wirkliche Branntweinverbrauch um 50 Prozent höher, da durch Schieber, Geheimbrennerei und Einfuhr noch gewaltige Mengen dem Konsum zugeführt werden. Man darf darum den Schnapsverbrauch des deutschen Volkes im vergangenen Jahr auf 100 Millionen Liter Spiritus, d. h. 300 Millionen Liter Schnaps schätzen! Gewiß ist im Jahre 1913 etwa doppelt soviel Schnaps betrunken worden, aber damals war die Widerstandskraft des Proletariats weit größer, seine Gesundheit war

noch nicht so zerrüttet, wie es heute nach den Hunger- und Hungerjahren des Weltkrieges und der Inflationszeit der Fall ist.

Das trotz des zur Zeit noch verminderten Alkoholbedarfs die gesundheitlichen Folgen „friedensmäßig“ sind, lehnen alle Statistiken über die Zahl der Alkoholiker in Kranke- und Irrenhäusern, lehnen alle Berichte aus Trinkerfürsorgestellen, Gerichtshäusern, Wohlfahrts- und Jugendämtern. Soll die Alkohollieferung noch weiter steigen und noch mehr gesundheitliche, seelische und wirtschaftliche Werte des verarmten deutschen Volkes vernichten? Gebt Antwort durch Unterschrift für das Gemeindebestimmungsrecht.

Die Achtung vor den Gesehen. Die gesamte Arbeitgeber- und Generalanzeigerpresse heult zurzeit darüber, daß durch die Forderung der verschiedenen prominenten Wirtschaftsführern des Westens Hauskündigungen abgehalten wurden. Diese Herren, so meinen sie, hätten den Kopf so voll Wirtschaftssorgen, daß sie an Kravall und Umsturz gar nicht denken könnten. Bekanntlich sollen die Betriebsräte nach § 66 BGG die Betriebsleitung unterstützen. Ebenso haben nach § 31 BGG die Gewerkschaftsvertreter das Recht, an den Betriebsratsitzungen teilzunehmen. Das Gesetz sieht dieses ausdrücklich vor — schließlich doch auch deshalb, um dem Unternehmer die Arbeit in etwas zu erleichtern. Zu alledem ist noch in den meisten Tarifverträgen ausdrücklich festgelegt, daß bei Meinungsverschiedenheiten die Organisationsvertreter zugezogen werden sollen. Eine recht nette Illustration zu diesen „geschäftlichen“ Bestimmungen gab kürzlich der Inspektor M. K. der Zeche „Emscherlippe“ in Datteln bei Neudlinghausen. Anlässlich einer Sitzung der Betriebsräte hatten letztere auch einen Gewerkschaftsvertreter zugezogen. Daraufhin erklärte belagter Inspektor: „Solange dieser Vertreter anwesend ist, nehme ich an der Sitzung nicht teil! Ich habe gegen den Herrn persönlich nichts, aber ich weigere mich, in seiner Anwesenheit mit den Betriebsräten über die vorliegenden Streitpunkte zu verhandeln.“ Das Ende vom Liede war, daß der Vertreter der Gewerkschaft das Feld räumte, um die Behandlung der Differenzen nicht scheitern zu lassen. Wenn so schon die „Kleinen“ die „bestehenden Gesetze“ beachten, was soll man dann von den „großen Wirtschaftsführern“ halten.

Von der Keramikindustrie.

Porzellanfabrik Fraureuth konkurs. Die Geschäftsaufsicht der Porzellanfabrik Fraureuth N.-G. ist auf Antrag nicht erneuert worden; darauf beschloß der Aufsichtsrat, die Konkurs-eröffnung zu beantragen. Das ist inzwischen geschehen. Die Gesellschaft verweilt darauf, daß sie von der Thüringischen Staatsbank ein Summe von 1,5 Millionen Mark erhalten sollte. Die beiden Kreditgeber sollen jedoch für sich die erste Hypothek beanspruchen, so daß deshalb die Kreditgewährung nicht zustande kam. Im besonderen soll sich die Thüringische Staatsbank geweigert haben, eine von anderer Seite angebotene Ausfallbürgschaft anzunehmen. Es wird behauptet, daß dieses Institut auf einer Würgschaft des Kreises Greiz bestand, die aber von diesem nicht geleistet wurde. Vom Jahre 1925 liegt ein Verlust von 800 000 Mk. vor. Die Arbeiterchaft hatte rückständige Löhne zu beanspruchen und hat einen Teil der vorhandenen Muster verpfänden lassen und dann verkauft; ob sie dadurch die ganze rückständige Lohnsumme aufbrachte, ist uns nicht bekannt. Die Arbeiterchaft trifft der Konkurs des Unternehmers scharf, da sie schon jahrelang zu leiden hat.

Aus unserem Beruf.

Oberhofau. Unser Kollege Karl Greiner, geb. 1856 zu Schmalenbuche bei Neuhaus am Rennweg, begibt am 26. Juni seinen 70. Geburtstag. Die Zahlstelle Oberhofau entbietet ihm die herzlichsten Glückwünsche. Unser alter treuer Kollege zählt seit 1878 ohne Unterbrechung zu den alten Kämpfern, die immer in erster Linie standen. Trotz der damaligen schweren Zeit unterstützte und förderte er die kleine Verbandsbewegung. Bei der Verschmelzung der kleinen Gruppen war er in Hüttensteinach als Delegierter von der Zahlstelle Moschendorf entsandt und half auch sonst mitzubauen an dem Verband der Porzellanarbeiter. Ferner ist unser alter Kollege ein Gründer des Konsumvereins Oberhofau und hat denselben zehn Jahre als erster Vorstand vertreten. Im gewerkschaftlichen sowie im politischen Leben ist unser Kollege seit 1880 immer tätig. Seine Vertrauensposten füllte er gewissenhaft aus. Auch heute noch zeigt er für unsere Bewegung das beste Interesse. Es kann sich mancher junge Kollege in Pflichterfüllung zum Vorbild nehmen. Durch seine langjährigen Erfahrungen in Leid und Freud konnte er der Zahlstelle schon manchen guten Rat geben. Leider hat unser Kollege seit Anfang 1926 sein Handwerk als Maler infolge seines vorgerückten Alters und krankheitshalber aufgegeben. Wir hoffen und wünschen, daß es unserem alten treuen Kollegen vergönnt sein möge, noch viele Jahre in unserer Mitte zu sein. Die Verwaltung der Zahlstelle Oberhofau.

Schwandorf. Die leitenden Herren des Kahla-Schomburg-Konzerns hätten wahrlich alle Ursache, einmal ihr Augenmerk auf die Porzellanfabrik in Schwandorf zu lenken. Was Direktor Dr. Schmidt den dort beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen alles zumutet, gereicht der Firma gerade nicht zum Ruhm. Nicht genug, daß ihnen die Löhne ganz brutal gekürzt werden, haben sie auch noch unter starker Erwerbslosigkeit zu leiden. Unheimlich hat es Dr. Schmidt darauf abgesehen, den Beschäftigten die Höhe der Erwerbslosenunterstützung als Einkommen auch während ihrer Beschäftigung im Werk zuzukommen zu lassen. Das Arbeitstempo wird teilweise mit der Stoppuhr kontrolliert und danach die Preise diktiert, als wenn ein Mensch fähig wäre, fortwährend das Kontrolltempo einzuhalten. Dann werden auf Schwandorf die Arbeitsmethoden aus Gernsdorf und anderen Orten übertragen ohne die dortigen anderen Voraussetzungen. Den Übergang dazu hat man auch eingeleitet. Er beurteilt auch die Dreherfehler, und dabei stellt sich stets heraus, daß die Dreher schuld sein müssen. Mit den Behauptungen wird ja keine Verbesserung erzielt, aber was kümmert das die Direktion? Den Drehern werden Defektabzüge gemacht, dann wird ja per Salvo entlastet. Mögen die Dreher noch so gut aufpassen und ihre Mängel der Waffe hinweisen, das wird nicht beachtet. Die Aufsichtsbabenden Instruieren ja Dreherfehler, damit ist anscheinend der Direktion Genüge getan. Abzüge von fünf bis zehn Mark werden den Drehern manchmal von ihren häßlichen Lohn gemacht, und wenn sie sich darüber beklagen, entwehrt wieder der Betriebsassistent, das wären Dreherfehler, und damit ist für ihn die Sache erledigt. Dadurch wird selbstverständlich den Drehern das Arbeiten verehrt und sie raust zum Schaffen genommen; aber was kümmert das die Direktion? Sie sorgt schon durch Lohndruck dafür, daß der „Ansporn“ vorhanden ist. Das ist reaktionell gewirtschaftet. Beschweren sich Dreher, dann wird darauf verwiesen, sie möchten

doch klagen; aber jedermann weiß, daß damit nichts geist, denn bis eine Schiedsstelle ein Urteil gefällt, die über Unschuld festzustellen hätte, wären Jahre vergangen. Dem wird ja versucht, den Bestimmungen des Tarifs entgegen zu handeln, aber bei diesem Drucksystem ist das nicht Die Organisierten haben keinen festen Rückhalt und sind mal der Werkleitung auf Gnade und Ungnade ausgeliefert. Die Kollegenchaft in Schwandorf sieht eine Unterdrückung ihrem Kampfe darin, daß sie vor Arbeitsaufnahme im Schwandorfer Betrieb warnt. Die Kollegenchaft im Reich mag beachten.

Bekanntmachung.

Mitgliedsbücher gesperrt!

Das Mitgliedsbuch 3642, lautend auf den Namen Seidel, Maler, geboren am 18. Juli 1902 in Stöppers eingetreteten in den Verband am 17. November 1919 in ist mit einer eingelebten Reisemarke verloren gegangen wird deshalb gesperrt. Sollte in dem Fall versucht werden mit diesem Buch Unterstüßungen abzugeben, so sind die Stellenfasser verpflichtet, das Buch dem Vorzeiger abzugeben und nebst den Personalien des Vorzeigers an uns zuzusenden.

Dem Kollegen Seidel ist auf die gleiche Nummer ein Buch ausgestellt worden. Unterscheidbar ist dieses gültige von dem verlorenen durch folgende Merkmale:

1. Es ist ein Einheitsbuch mit der Aufschrift: „Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Verband der Porzellan- und verw. Arbeiter und Arbeiterinnen“;
2. es ist mit dem Stempel „Duplikat“ versehen;
3. auf Seite 5 ist vermerkt: „Dieses Mitglieds- und Lohnbuch ist dem Inhaber als Ersatz für das verlorene Mitglieds- und Lohnbuch ausgestellt“, und
4. befindet sich auf Seite 5 der Stempel: Verband der Porzellanarbeiter, Zahlstelle Kahla, Gustav Meinhardt.

Das Verbandsbuch

Das Mitgliedsbuch 101330, lautend auf den Namen Richard Böhm, Maler, geboren am 2. Januar 1908 in Königszeit, eingetreteten in den Verband am 3. Juni 1922 in Waldenburg, ist mit einer eingelebten Reisemarke verloren gegangen und wird deshalb gesperrt. Sollte in dem Fall versucht werden, mit diesem Buch Unterstüßungen abzugeben, sind die Zahlstellenfasser verpflichtet, das Buch dem Vorzeiger abzugeben und nebst den Personalien des Vorzeigers an uns einzusenden.

Dem Kollegen Böhm ist auf die gleiche Nummer ein Buch ausgestellt worden. Unterscheidbar ist dieses gültige von dem verlorenen durch folgende Merkmale:

1. Es ist ein Einheitsbuch mit der Aufschrift: „Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Verband der Porzellan- und verw. Arbeiter und Arbeiterinnen“;
2. es ist mit dem Stempel „Duplikat“ versehen;
3. auf Seite 5 ist vermerkt: „Dieses Mitglieds- und Lohnbuch ist dem Inhaber als Ersatz für das verlorene Mitglieds- und Lohnbuch ausgestellt“, und
4. befindet sich auf Seite 5 der Stempel: Wilhelm Herden, Verbandsfasser, Charlottenburg, Wabelfstraße.

Adressenänderungen.

Num. Schriftf.: Theodor Hempel, Seher, Num. Bahnhofstr. 2.
Fraureuth. Der Kassierer hat nur Geschäftszeit Sonnabends von 1-4 Uhr nachmittags.

Aufruf!

Folgende Kollegen in Hennigsdorf leiden bittere Not infolge ihrer langen Krankheit: Gustav Chainakly, Paul Schmeiß und Hugo Schwach. Sie sind aus allen Krassen ausgeleert. Aus diesem Grunde bittet die Zahlstelle Hennigsdorf die Zahlstellen im Reich, wenn möglich, die Kollegen zu unterstützen. Voraus unseren besten Dank. Gelder sind zu richten an Kassierer Max Lau, Berlin W., Kammerenerstr. 57.

Der Kollege Richard Eppeler ist schon jahrelang langkrank und mußte deshalb wiederholt Infiltrationen durchmachen. Nun erhöht sich noch die Not durch Ueberweisung seiner Frau in eine ebensolche Anstalt. Wir bitten die Kollegen im Reich durch Beitragen eines Scherleins die Not mit lindern zu helfen. Etwaige Gelder wolle man an Karl Herr, Kassierer Kobach bei Coburg, Coburgerstr. 11, senden. Quittung erfolgt in der „Ameise“.

Quittungen.

Für den Aufruf Fraureuth („Ameise“ Nr. 22) gingen von ein: Grünstadt 6.— Mk. Bereits quittiert 186.— Mk. Summe 192.— Mk. Auch dafür besten Dank.
Max Dietrich, Kassierer, Fraureuth.

Für unseren kranken Kollegen Th. Mey gingen noch von der Zahlstelle Gernsdorf i. Thür. 3.— Mk. ein. Bereits quittiert 57.— Mk. Summe 60.— Mk. Auch dieser Zahlstellenherlichen Dank im Namen des Kollegen und der Zahlstelle Staffell. J. A.: Raessler, Kassierer.

† Sterbetafel †

Coburg (Neustadt). Hermann Eisenberger, Holzarbeiter, geb. 10. 1. 1879, gest. an Herzlähmung und Wasserlucht. Organisiert seit 1907. In dem Kollegen Eisenberger verliert die hiesige Zahlstelle einen treuen, wackeren Kämpfer.
Fürstberg. Johann Buh, Odenmaurer, geb. 20. 1. 1860, gest. an Asthma. Organisiert seit 1918.
Schlierbach. Adam Dell, Maler, geb. 9. 2. 1868, gest. an Magen- und Nierenleiden. Organisiert seit 1919.
Waldenburg (Stanowig). Wilhelm Schüke, Kapellendreher, geb. 21. 11. 1857, gest. an Herzschlag. Organisiert seit 1917.

Ehre ihrem Andenken!

Gold-Scheideanstalt Willy Ortleb

Telephon Nr. 112 Kahla (Thür.) Salz-Strasse 17
Ankauf von allen Goldabfällen, speziell Goldaschen und -Lappen. — Allerhöchste Preise. — Sofortige Kasse. — Postsendungen werden innerhalb 2 Tagen erledigt und für 1gr gute Goldscheide je nach Qualität bis Mk. 1,70 bezahlt. (7/28)

Emil Böhme, Eisenberg i. Thür.

Goldscheideanstalt / Begründet 1891
kauft sämtliche Gold- und Silberabfälle
Aeltestes Einkaufsgeschäft dieser Art (1/28)

Herausgegeben vom Verband der Porzellan- und verwandter Arbeiter und Arbeiterinnen. — Verantwortlicher Red.: Edwin Henninger, Charlottenburg I, Wabelfstr. 2-5. — Verlags-Druck: Wilhelm Herden, Charlottenburg I, Wabelfstr. 2-5. Druck: E. Tansitzemski, Berlin S.O., Elisabethufer 28/29.